

Landesverordnung
zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2
in Schlachthöfen, Zerlegebetrieben und fleischverarbeitenden Betrieben
Vom 9. Juli 2020

Aufgrund des § 32 Satz 1 in Verbindung mit § 28 Abs. 1 Satz 1 und 2 und § 31 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1385), in Verbindung mit § 1 Nr. 1 der Landesverordnung zur Durchführung des Infektionsschutzgesetzes vom 10. März 2010 (GVBl. S. 55), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 15. Oktober 2012 (GVBl. S. 341), BS 2126-10, wird verordnet:

§ 1
Beschäftigungsverbot

(1) Schlachthöfe, Zerlegebetriebe und fleischverarbeitende Betriebe, in denen

1. mehr als 75 Beschäftigte einschließlich Leiharbeiterinnen oder Leiharbeiter oder Beschäftigte eines Werkunternehmers tätig sind oder
2. mehr als 20 v. H. der dort tätigen Personen Leiharbeiterinnen oder Leiharbeiter oder Beschäftigte eines Werkunternehmers sind,

dürfen Beschäftigte, die innerhalb der vergangenen 14 Tage vor beabsichtigter Aufnahme der Tätigkeit in einer anderen Arbeitsstätte desselben Betriebs in der Produktion tätig waren, in der Arbeitsstätte nicht im Bereich der Produktion einsetzen.

(2) Das Beschäftigungsverbot nach Absatz 1 gilt nicht für Beschäftigte, die über ein ärztliches Zeugnis in deutscher oder in englischer Sprache verfügen, welches bestätigt, dass keine Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 vorhanden sind. Das ärztliche Zeugnis muss sich auf eine molekularbiologische Testung auf das Vorliegen einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 stützen, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem sonstigen durch das Robert-Koch-Institut veröffentlichten Staat durchgeführt und höchstens 48 Stunden vor beabsichtigter Aufnahme der Tätigkeit in einem Betrieb nach Absatz 1 vorgenommen worden ist. Die Kosten für die Einholung des ärztlichen Zeugnisses hat der Betrieb zu tragen. Das ärztliche Zeugnis ist der Leitung des Betriebs sowie auf Verlangen der zuständigen Behörde vorzulegen. Das ärztliche Zeugnis ist von der Leitung des Betriebs für mindestens 14 Tage nach Aufnahme der Tätigkeit aufzubewahren.

(3) Neue Mitarbeitende eines Betriebs nach Absatz 1 dürfen nur dann in der Produktion beschäftigt werden, wenn der Leitung des Betriebs ein ärztliches Zeugnis nach Absatz 2 vorliegt, welches bestätigt, dass keine Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 vorhanden sind.

(4) Den Beschäftigten eines Betriebs nach Absatz 1 ist es untersagt, bei Vorliegen von Symptomen, die auf eine Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 im Sinne der dafür jeweils aktuellen Kriterien des Robert-Koch-Instituts hinweisen, ihrer Tätigkeit in der Produktion des Betriebs nachzugehen.

(5) Aus dem Arbeitsschutz sich ergebende Verpflichtungen des Betriebs bleiben unberührt.

§ 2
Einreise aus Risikogebieten

Die Leitung eines Betriebs nach § 1 Abs. 1 hat zu überprüfen, ob Beschäftigte einschließlich Leiharbeiterinnen oder Leiharbeiter oder Beschäftigte eines Werkunternehmers, die mindestens fünf aufeinanderfolgende Tage nicht im Betrieb anwesend waren, sich in dieser Zeit in einem Risikogebiet gemäß § 19 Abs. 4 oder Abs. 5 der Zehnten Corona-Bekämpfungsverordnung Rheinland-Pfalz (10. CoBeLVO) vom 19. Juni 2020 (GVBl. S. 267, BS 2126-13) in der jeweils geltenden Fassung aufgehalten haben; zur Überprüfung ergriffene Maßnahmen sind zu dokumentieren. Sofern nach den §§ 19 und 20 10. CoBeLVO eine Pflicht zur Absonderung besteht, darf die betroffene Person nicht im Betrieb beschäftigt werden, solange eine Pflicht zur Absonderung besteht.

§ 3
Informationspflicht

Die Beschäftigten sind von der Leitung des Betriebs ausdrücklich über das Beschäftigungsverbot nach § 1 Abs. 4 zu informieren und darauf hinzuweisen, dass bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 3 des Entgeltfortzahlungsgesetzes ein Anspruch auf Lohnfortzahlung besteht. Außerdem sind alle Beschäftigten über die allgemeinen Hygienemaßnahmen, insbesondere über die richtige Verwendung und die maximale Tragedauer der Mund-Nasen-Bedeckung, hinzuweisen. Die Information durch die Leitung des Betriebs hat in der Muttersprache der Beschäftigten zu erfolgen.

§ 4 Kontaktdaten

Die Leitung des Betriebs hat sicherzustellen, dass Kontaktdaten (Name, Vorname, Anschrift, Telefonnummer) sämtlicher auf dem Betriebsgelände anwesender Personen unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen jederzeit und mit aktuellem Stand verfügbar sind und für einen Zeitraum von vier Wochen nach der jeweils letzten Anwesenheit der Personen auf dem Betriebsgelände aufbewahrt werden; nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist sind die Daten unverzüglich zu löschen. Sich aus anderen Rechtsvorschriften ergebende Datenaufbewahrungspflichten bleiben unberührt. Das zuständige Gesundheitsamt kann, soweit dies zur Erfüllung seiner nach den Bestimmungen des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) und dieser Verordnung obliegenden Aufgaben erforderlich ist, Auskunft über die Kontaktdaten verlangen; die Daten sind unverzüglich zu übermitteln. Eine Verarbeitung der Daten zu anderen Zwecken ist nicht zulässig. An das zuständige Gesundheitsamt übermittelte Daten sind von diesem unverzüglich irreversibel zu löschen, sobald die Daten für die Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt werden.

§ 5 Weitergehende Schutzmaßnahmen

Die Kreisverwaltungen, in kreisfreien Städten die Stadtverwaltungen als Kreisordnungsbehörden können Allgemeinverfügungen erlassen, die weitergehende Schutzmaßnahmen

für Betriebe nach § 1 Abs. 1 enthalten. Ein Einvernehmen mit dem für Gesundheit zuständigen Ministerium nach § 22 10. CoBeLVO ist nicht erforderlich.

§ 6 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 73 Abs. 1 a Nr. 24 IfSG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 1 Abs. 1, 3 und 4 als Leitung des Betriebs das Beschäftigungsverbot nicht beachtet,
2. entgegen § 2 Satz 1 als Leitung des Betriebs keine Maßnahmen ergreift, um zu überprüfen, ob sich Beschäftigte in einem Risikogebiet aufgehalten haben, oder als Leitung des Betriebs die ergriffenen Maßnahmen nicht dokumentiert,
3. entgegen § 2 Satz 2 als Leitung des Betriebs das Beschäftigungsverbot nicht beachtet,
4. entgegen § 3 als Leitung des Betriebs die Informationspflicht nicht beachtet,
5. entgegen § 4 Satz 1 die Verfügbarkeit der Kontaktdaten nicht sicherstellt oder gegen die Aufbewahrungspflicht verstößt.

§ 74 IfSG bleibt unberührt.

§ 7 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 10. Juli 2020 in Kraft und mit Ablauf des 31. August 2020 außer Kraft.

Mainz, den 9. Juli 2020
Die Ministerin für Soziales, Arbeit,
Gesundheit und Demografie
Sabine Bätzing-Lichtenthäler

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Land Rheinland-Pfalz

3231

Postvertriebsstück – Entgelt bezahlt

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Postfach 3880, 55028 Mainz

Herausgeber und Verleger: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Druck: JVA Diez Druckerei, Limburger Str. 122, 65582 Diez

Bezugsbedingungen: Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Bezugspreis im Abonnement jährlich 32,00 EUR. Abbestellungen für das nächste Kalenderjahr müssen bis spätestens 1. November der Staatskanzlei vorliegen. Auslieferung von Einzelstücken durch das Landeshauptarchiv, Karmeliterstraße 1-3, 56068 Koblenz; Preis je Doppelseite 0,15 EUR zuzügl. Versandkosten. Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Herausgabe des Gesetz- und Verordnungsblattes hoheitliche Tätigkeit ist.

Postanschrift: Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, Tel. 06131 16-4767